

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 19 (1927)
Heft: 5

Artikel: Die Arbeitervertreter an der internationalen Wirtschaftskonferenz
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352288>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ja vom Kartell zur Interessengemeinschaft und zum Trust, wie das Kartellwesen einzelner Länder deutlich erkennen lässt. Ausserdem müssen die Kartelle aus blossen Produzentenverbindungen zu allgemeinen Wirtschaftsorganisationen umgestaltet werden durch Gewährung eines Mitspracherechts an die Konsumenten und die Arbeiter. Dann wird an Stelle des gegenseitigen Interessenkampfes der Produzenten von selbst das Streben nach möglichst vollkommener Bedarfsbefriedigung in den Vordergrund treten. Diese Einflussnahme der Konsumenten und Arbeiter ist natürlich noch aus anderen Gründen erforderlich, nämlich um die allgemeinen Interessen gegen die Macht privatkapitalistischer Gruppen zu schützen. Und dieser Schutz ist um so dringender, je geschlossener die Produzentenorganisation ist. Doch diese Frage konnte im Rahmen dieses Aufsatzes nicht erörtert werden, ebenso wenig die Frage, was die Arbeiter von den internationalen Kartellen zu erwarten haben, und das ebenfalls sehr interessante Problem der Beziehungen zwischen den imperialistischen Tendenzen der Grosstaaten und dem Kartell- und Trustwesen.

Die Wirtschaftspolitik, und zwar diejenige des Staates wie die der Wirtschaftsverbände, muss demnach darauf ausgehen, die Kartelle, Interessengemeinschaften, Trusts usw. nicht einfach stillschweigend zu dulden, freilich auch nicht sie zu bekämpfen, sondern sie durch Einräumen eines Einflusses an die Verbraucher zu Organisationen einer Gemeinwirtschaft umzugestalten. Das ist dann besonders angezeigt und auch besonders gut durchführbar, wenn diese Zusammenschlüsse vom Staat irgendwie gefördert werden. Keine Förderung der Produzentenorganisationen ohne Zurückdämmung der reinen Produzenteninteressen. Das muss auf nationalem wie auf internationalem Boden unsere Forderung sein.

Die Arbeitervertreter an der internationalen Wirtschaftskonferenz.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat dem Internationalen Gewerkschaftsbund nachstehende Anregungen übermittelt als Vorschläge zu einem Programm der Arbeitervertreter für die Weltwirtschaftskonferenz, die vom 4. bis 25. Mai 1927 in Genf stattfindet:

I. Richtlinien.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erblickt in der Weltwirtschaftskonferenz einen ersten Anlauf zu einer planmässigen Beeinflussung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der möglicherweise als Vorstufe zu einer Regulierung der Weltwirtschaft dienen kann. Die Gewerkschaftsvertreter beteiligen sich an den Konferenzarbeiten, um im Sinne einer Organisation der Wirtschaft zu wirken und vor allem um der Arbeiterschaft und den Konsumenten

ten bei der Regelung aller Fragen einen massgebenden Einfluss zu sichern. Dabei ist eine paritätische Vertretung der Arbeiter neben den Unternehmern anzustreben.

II. Programm für die Konferenzarbeiten.

Im Mittelpunkt der Konferenz steht ein Hauptkomplex von Fragen, mit dem alle anderen zur Diskussion stehenden Probleme eng zusammenhängen: die Verbesserung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die vorbereitende Kommission hat mit der Gruppierung ihrer Tagesordnung schon angedeutet, welche drei Möglichkeiten zur Erreichung dieses Zieles offen stehen: 1. Erleichterung der Handelsbeziehungen durch Abbau aller Schranken, die den internationalen Handelsverkehr hindern. 2. Internationale Organisation der Industrie zwecks Regulierung der Produktion, um so den Konkurrenzkampf und damit den internationalen Zollkrieg zu beseitigen. 3. Förderung der Landwirtschaft.

Die Arbeitervvertreter sind einverstanden mit der vorliegenden Tagesordnung und erklären, zu den einzelnen Punkten folgende Stellung einzunehmen:

1. Erleichterung der Handelsbeziehungen.

Die Arbeitergruppe erklärt sich für gänzliche Beseitigung der Beschränkungen und Verbote der Ein- und Ausfuhr bestimmter Waren, besondere Fälle vorbehalten, wo solche Massnahmen getroffen werden aus Gründen der Hygiene (z. B. Verbot von Betäubungsmitteln, Seuchenschutz), als Gegenmassnahmen gegen Dumping oder in ähnlichen Fällen, wo wichtige allgemeine Interessen geschützt werden. Sie erwartet den baldigen Abschluss eines internationalen Abkommens zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, das wenn möglich noch weiter gehen soll als der Konventionsentwurf des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes.

Sie unterstützt den möglichst weitgehenden Abbau der Zollschränken, in erster Linie der Zölle auf Rohstoffen und Lebensmitteln, aber auch auf Fabrikaten, wobei immerhin reine Finanzzölle, die auf leicht entbehrlichen Waren erhoben werden, ausgenommen werden können.

Sie bekämpft alle Formen des Dumping, seien sie staatlicher (Ausfuhrprämien, Subventionen, Tarifpolitik der Verkehrsmittel) oder privater Natur (Preispolitik von Monopolorganisationen); Ausnahmen vorbehalten in Fällen, wo ein Wirtschaftszweig von einer Krise heimgesucht wird, wenn die Unterstützung nur vorübergehend für die Dauer der Krise oder zur Erleichterung einer Umstellung gewährt wird.

Sie tritt im übrigen für alle Erleichterungen der Handelsbeziehungen ein, wie z. B. Vereinheitlichung der Zolltarife; sie unterstützt im allgemeinen die Vorschläge der Internationalen Handelskammer, soweit sie sich auf diese Probleme beziehen, und fordert rasche Ratifikation des Genfer Abkommens für die Vereinfachung der Zollformalitäten wie auch den Abschluss weiterer Konventionen zur Erleichterung des internationalen Verkehrs.

Sie hält jedoch dafür, dass diese Spezialfragen, deren Lösung zum Teil schon angebahnt ist, an Sonderkonferenzen behandelt werden sollen.

Zwecks Abbau der Zollschränken empfiehlt sie, langfristige Handelsverträge zu schliessen, die periodisch auf die Möglichkeit von Zollreduktionen geprüft werden sollen. Ausserdem ist zu untersuchen, ob nicht durch Abschluss von internationalen Abkommen, die gegenseitige Zollermässigungen vorsehen, sobald eine bestimmte Anzahl von Staaten ratifiziert haben, der Abbau der Zollmauern gefördert werden kann. Auch die Bildung von Zollunionen zwischen

einzelnen Ländern und Ländergruppen kann die Abkehr von der Schutzzollpolitik erleichtern und eine wirtschaftliche Einigung Europas vorbereiten.

2. Internationale Organisation der Industrie.

Die Arbeitervertreter bekämpfen die internationale Organisation der Industrie nicht, denn sie sehen darin Bestrebungen zu einer planmässigen Regulierung der Produktion. Sie weisen jedoch auf die grossen Gefahren hin, die den Arbeitern und den Konsumenten aus dem internationalen Zusammenschluss privatkapitalistischer Unternehmungen und Unternehmer erwachsen, und fordern mit allem Nachdruck den Schutz der allgemeinen Interessen gegen jene Gefahren. Sie beantragen der Wirtschaftskonferenz die Bestimmung einer Stelle, welche eine allgemeine Erhebung über alle derartigen internationalen Verbindungen (Kartelle, Trusts, Unternehmerorganisationen mit preispolitischen Zielen) durchführen und eine ständige Kontrolle ausüben soll über alle internationalen Abmachungen, welche die Preisbildung beeinflussen wollen, und ihre Wirkung auf die Produktions- und Marktverhältnisse. Ferner ist in allen Staaten eine ausreichende Publizität für solche Vereinbarungen anzustreben. Der Schutz der Konsumenteninteressen muss durch die Gesetzgebung der einzelnen Länder geregelt werden, wobei jedoch eine internationale Kontrollstelle Anregungen geben und Erfahrungen vermitteln kann. — Industrien, die sich durch internationale Abmachungen die Absatzgebiete gesichert haben, ist der Zollschutz zu versagen.

Im Zusammenhang mit der Frage der internationalen Organisation der Industrie steht das Problem der Rationalisierung; denn durch die internationalen Verbindungen werden vielfach nicht nur kommerzielle, sondern auch technische Verbesserungen bezweckt. Die Arbeiterschaft ist nicht grundsätzlich gegen die Rationalisierung; allein sie kann sie nur billigen, wenn die Arbeitskraft geschützt wird, indem bei deren vermehrter physischer und psychischer Erschöpfung eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, wenn ferner der Erfolg der Rationalisierung auch den Arbeitern und Konsumenten in Form besserer Entlohnung und billigerer Preise zugute kommt und wenn Massnahmen getroffen werden zur Bekämpfung der durch die Rationalisierung eventuell entstehenden Arbeitslosigkeit. Mit dem letzten Punkt insbesondere sollte sich die Konferenz befassen oder das I. A. A. in Verbindung mit dem Rationalisierungsinstitut mit seiner Prüfung betrauen. Aber auch auf die Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung ist grosses Gewicht zu legen, da der Mangel an Kaufkraft eine der wichtigsten Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist.

3. Förderung der Landwirtschaft.

Die Arbeiterschaft hat allen Anlass, der Agrarfrage volle Aufmerksamkeit zu schenken. Einmal weil die Lage der Landwirtschaft, bzw. die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf die industrielle Konjunktur grosse Rückwirkungen hat; zum andern weil die Landwirtschaft in den meisten Staaten der Hort der Schutzzollpolitik ist, deren Bedeutung daher vermindert würde, wenn die Existenz der Landwirtschaft in diesen Ländern auf irgendeine andere Weise gesichert werden könnte. Als Mittel kommen in Betracht: Förderung der landwirtschaftlichen Technik, des Kreditwesens usw., was zum Aufgabenkreis des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom gehört; Verbesserung des Austausches der landwirtschaftlichen Produkte (z. B. durch Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Konsumgenossenschaftsverbänden); bessere internationale Arbeitsteilung durch Fühlungnahme der landwirtschaftlichen Produzenten.

III. Weiterführung der Arbeit der Konferenz.

Die weltwirtschaftlichen Aufgaben, die der gemeinsamen Behandlung durch alle nationalen und sozialen Interessentengruppen an der Genfer Konferenz gerufen haben, können natürlich mit dieser einmaligen Fühlungnahme nicht erledigt werden; im Gegenteil, die Arbeit dieser Konferenz hat nur dann einen Wert, wenn sie in irgendeiner Weise fortgeführt wird, sei es durch permanente Institutionen wie z. B. die oben angeregte Stelle zur Beobachtung der internationalen Produzentenverbindungen, sei es durch weitere Konferenzen allgemeiner Natur oder solche zur Behandlung von Spezialfragen. Auch die Erfüllung einer anderen sehr wichtigen Aufgabe, die hier nur beiläufig erwähnt sei, die internationale Konjunkturbeobachtung und die Führung einer internationalen Wirtschaftsstatistik, erfordern eine internationale wirtschaftliche Zentralstelle. In allen diesen Fällen strebt die Arbeitergruppe eine genügende Vertretung der Arbeiterinteressen an; sie tendiert dahin, dass diese Vertretung nicht dem Belieben der Regierungen anheim gestellt wird, sondern dass sie ihnen zur Pflicht gemacht wird.

Die Weiterführung der Konferenzarbeit soll in möglichst unabhängiger Weise geschehen, indem mit der Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen eine selbständige Stelle betraut wird in ähnlicher Weise, wie die Fragen der Sozialpolitik dem Internationalen Arbeitsamt zugewiesen sind. Damit soll einerseits bezweckt werden, die politisch-diplomatischen Einflüsse, dieses gefährlichste Hindernis des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, etwas einzudämmen; andererseits kann auf diese Weise die Beteiligung solcher Staaten, die dem Völkerbund nicht angehören, erleichtert werden; aus dem gleichen Grunde sind künftige Besprechungen nicht an Orten abzuhalten, die einzelnen Ländern von vornherein Gelegenheit geben, eine Beteiligung abzulehnen.

Wirtschaft.

Die Konjunktur im ersten Vierteljahr 1927.

Die ersten drei Monate dieses Jahres haben eine kleine Besserung der Konjunktur gebracht, obschon sich unsere Warnung vor allzu grossem Optimismus als sehr gerechtfertigt erwiesen hat. Wohl haben wir die Verschlimmerung der Wirtschaftslage, die im ersten Halbjahr 1926 eingetreten ist, hinter uns. Doch über die Stagnation sind wir noch nicht hinaus. Die Konjunktur hat noch kaum den Stand von 1924/25 erreicht, der doch gewiss nicht besonders rosig war.

Der Geld- und Kapitalmarkt ist immer noch sehr flüssig. Der Privatdiskontsatz, d. h. der Zinsfuß, den die Privatbanken beim Ankauf von Wechseln berechnen, bewegt sich zwar auf einem höheren Niveau als letztes Jahr, ist aber immer noch niedrig. Ungefähr gleich wie im Vorjahr sind die Zinsverhältnisse am Markt für langfristiges Kapital. Die Rendite der $3\frac{1}{2}\%$ S. B. B.-Obligationen, Serie A—K auf Grund der Monatsdurchschnitte ist sogar eher etwas geringer als 1926.

Der Aktienindex* ist im Januar und Februar weiter gestiegen. Der Durchschnittskurs von 45 Aktien steht um mehr als 20 Prozent höher als vor einem Jahr, wie folgende Gegenüberstellung zeigt:

* Ueber den Aufbau des Index ist im Januarheft der « Gewerkschaftlichen Rundschau », Seite 22, orientiert worden.